

BESCHLUSSVORLAGE	Gremium:	13. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP:	27.07.2010 437 4
STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Verantwortlich:	öffentlich Dez. 4
Haushaltskonsolidierung Stadt Karlsruhe - Einsparvorschläge für künftige Jahre		

Beratungsfolge	Sitzung am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Hauptausschuss	20.07.2010	11	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	vorberaten
Gemeinderat	27.07.2010	4	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen zur wirtschaftlichen Lage der Stadt Karlsruhe Kenntnis und stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu.

Vorlage ersetzt bereits versandtes Papier. Änderungen sind in *kursiv* eingearbeitet.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition:					
Ergänzende Erläuterungen:					
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit		

A. Wirtschaftliche Lage der Stadt Karlsruhe

Jahresabschluss 2009

Die Ergebnisrechnung 2009 schließt -vorbehaltlich der örtlichen Prüfung- mit rd. -11,1 Mio. Euro, was im Bereich der bisherigen Prognosen liegt. Gegenüber dem ursprünglich geplanten Gesamtergebnis Ergebnishaushalt liegt eine Verbesserung von rd. 25,5 Mio. Euro vor. Dies ist im Wesentlichen begründet im gegenüber dem Planansatz verbesserten Gewerbesteuerertrag (18,9 Mio. Euro), der durchgeführten haushaltswirtschaftlichen Sperre, einem positiven Sozialtransfer, geringeren Versorgungsaufwendungen sowie einem verbesserten Zinsergebnis. Dem stehen verminderte Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (rd. -8,4 Mio. Euro) sowie höhere planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen gegenüber.

Im Wirtschaftsjahr konnte die äußere Verschuldung auf nunmehr rd. 144 Mio. Euro reduziert werden. Das sind 497 Euro pro Kopf.

Ergebnisvorausschau 2010

Nach heutiger Einschätzung wird das Ergebnis 2010 mit einem Jahresfehlbetrag von rd. -9,8 Mio. Euro abschließen. Die Verbesserung gegenüber dem ursprünglich geplanten Gesamtergebnis Ergebnishaushalt liegt insbesondere in den bereits erfolgten umfänglichen Beschlussfassungen zur Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzept zum 31.12.2009 (haushaltswirtschaftliche Sperre, Aufdeckung stiller Reserven, Steuer- und Gebührenerhöhungen etc.). Aufgrund erster Abstimmungsgespräche mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe und der Gemeindeprüfungsanstalt sind vorsorglich auch umfangreiche Auflösungen von Pensionsrückstellungen für die Jahre 2007 – 2009 sowie die Nichtbildung im Jahr 2010 aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten gesetzlichen Neuregelung in einer Gesamtsumme von rd. 32,2 Mio. Euro berücksichtigt.

Dem prognostizierten Ergebnis von -9,8 Mio. Euro liegen bei der Gewerbesteuer entgegen dem Planansatz von 200 Mio. Euro eine verbesserte Steuerentwicklung auf 218,5 Mio. Euro zugrunde. Stand *Juli* zeichnet sich dagegen bei der Gewerbesteuer ein Ergebnis von 185,0 Mio. Euro ab. Hierin ist die Aussetzung der Vollziehung auf Nachzahlungen aus Vorjahren in Höhe von 20,9 Mio. Euro berücksichtigt. Bleibt es bei diesem Gewerbesteuerergebnis von 185,0 Mio. Euro, so verschlechtert sich das Gesamtergebnis für 2010 gegenüber dem Informationsstand der Haushaltsstrukturkommission auf -43,3 Mio. Euro ($218,5 - 185 = 33,5 + 9,8 = 43,3$ Mio. Euro Defizit).

Bislang wurde zur Sicherstellung der Liquidität zur Umsetzung von investiven Projekten im Kämmereihaushalt ein Darlehen in Höhe von 20 Mio. Euro aufgenommen. Aus heutiger Sicht werden im Haushaltsjahr 2010 weitere Darlehensaufnahmen notwendig werden.

B. Fortführung Haushaltskonsolidierung Stadt Karlsruhe

Der Doppelhaushalt 2011/2012 sieht in seinen Eckwerten im Ergebnishaushalt Jahresfehlbeträge von -91,2 Mio. Euro bzw. -69,7 Mio. Euro vor. Mit diesen Ergebniszahlen ist der Doppelhaushalt aus Sicht der Verwaltung nicht genehmigungsfähig. Es ist daher ein umfangreiches (weiteres) Sparpaket bis zur Beschlussfassung des Doppelhaushaltes notwendig.

Die Verwaltung hat daher flankierend zu den weiteren Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung ein Sparbudget aufgestellt. Das Sparbudget orientiert sich an dem durchschnittlichen **zahlungswirksamen Defizit** der nächsten Haushaltsjahre bis 2013. Insoweit wurden nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge wie beispielsweise planmäßige Abschreibungen, Auflösung von Ertragszuschüssen oder Nettozuführungen zu den Rückstellungen unberücksichtigt gelassen.

Summe der Defizite 2010-2013	220,2 Mio. Euro
Summe der Defizite 2011–2013	210,4 Mio. Euro
Abzüglich nicht zahlungswirksamer Aufwendungen und Erträge	99,0 Mio. Euro
Summe zahlungswirksames Defizit 2011-2013	111,4 Mio. Euro
Durchschnittliches zahlungswirksames Defizit 2011-2013	37,14 Mio. Euro
Ursprüngliches durchschnittliches zahlungswirksames Defizit 2011-2013 (Grundlage Haushaltsstrukturkommission am 18.06.2010)	35,17 Mio. Euro

Verwaltungsintern wurden in den vergangenen Wochen in allen Dezernaten und städtischen Ämtern Überlegungen zur Konsolidierung ab 2010 erarbeitet und in Dezernatsrunden behandelt. Im Ergebnis wurden bisher rd. 26 Mio. Euro für 2011 und rd. 21 Mio. Euro für 2012

und 2013 erarbeitet. Damit klafft noch eine erhebliche Lücke, um allein das zahlungswirksame Defizit der kommenden drei Jahre zu schließen.

Anlage 1 zeigt die Konsolidierungsmaßnahmen auf, die durch den Gemeinderat zu entscheiden sind. Nachrichtlich werden in **Anlage 2** die durch die Verwaltung intern auszuführenden Konsolidierungsmaßnahmen in diesem Zusammenhang aufgeführt.

C. Umsetzung 10-Punkte-Programm

Als **Anlage 3** beigefügt ist der Sachstandsbericht zur Umsetzung des 10-Punkte-Programms, der der Haushaltsstrukturkommission am 18.06.2010 vorgelegt wurde. Vom Gemeinderat zu entscheiden sind die Vorschläge aus der Organisationsuntersuchung des Liegenschaftsamtes/Abteilung Forst, Handlungsempfehlungen 1 bis 3 und 6, vgl. Ziff. 1.1 der Anlage 3. Dies sind im Einzelnen

- die Aufgabe der Wildgehege (Einsparung 25.500 Euro/Jahr)
- die Aufgabe der Christbaumkultur (Einsparung 24.000 Euro/Jahr)
- die Aufgabe/Verlagerung von Grillplätzen (Einsparung 17.000 Euro/Jahr)
- der Verzicht auf Ausbildung über den eigenen Bedarf (Einsparung 113.000 Euro/Jahr).

Die Ergebnisse aus der Untersuchung des Bauordnungsamtes (Ziff. 1.2 der Anlage 3) werden von der Verwaltung umgesetzt, sobald die Voraussetzungen erfüllt sind.

Als **Anlage 4** beigefügt ist der Vortrag von Herrn Dr. Malcher (Dr. Malcher Unternehmensberatung). Damit wurden in der Haushaltstrukturkommission am 18.06.2010 die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung bei den Ortsverwaltungen/Stadtamt Durlach vorgestellt (vgl. Anlage 3 Handlungsfeld 6). Ein daraus abgeleitetes Umsetzungsszenarium ist verwaltungsintern zu erarbeiten. Es wird angestrebt, dieses in der nächsten Sitzung der Haushaltsstrukturkommission am 01.10.2010 vorzustellen.

Beschluss:**Antrag an den Gemeinderat**

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung durch den Hauptausschuss - wie folgt:

1. Wirtschaftliche Lage der Stadt Karlsruhe

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur wirtschaftlichen Lage der Stadt Karlsruhe - wie unter A. dargestellt - zur Kenntnis.

2. Haushaltskonsolidierungsprogramm 2011/12 und mittelfristige Finanzplanung (Anlage 1)

Die Auswertung basiert auf den Rückläufern der Fraktionen/Einzelstadträte. Die Stadträte Fostiropoulos und Zürn haben die ausgewählte Verfahrensweise zur Durchführung der Haushaltskonsolidierung abgelehnt.

2.1 Der Gemeinderat nimmt von den Maßnahmen mit mehrheitlicher Zustimmung Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung dieser Maßnahmen bei der Erstellung des Doppelhaushalts 2011/12 (Anlage 1 Ziff. 1).

2.2 Der Gemeinderat berät und beschließt über den Umfang der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen mit mehrheitlicher Zustimmung und unterschiedlichen prozentualen Vorgaben (Anlage 1 Ziff. 2).

2.3 Der Gemeinderat berät und beschließt die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen mit uneinheitlichen Vorgaben (Anlage 1 Ziff. 3).

2.4 Der Gemeinderat nimmt von den Maßnahmen mit mehrheitlicher Ablehnung Kenntnis. Diese sollen derzeit nicht weiter verfolgt werden (Anlage 1 Ziff. 4).

2.5 Der Gemeinderat nimmt die Maßnahmen zur Kenntnis, die derzeit im Rahmen einer Organisationsuntersuchung geprüft werden oder deren Umfang derzeit noch nicht beziffert werden kann. Er beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Überprüfung und Information der entsprechenden gemeinderätlichen Gremien (Anlage 1 Ziff. 5).

2.6 *Der Gemeinderat nimmt die Projekte zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit weiteren Untersuchungen zur Vorbereitung einer entsprechenden Umsetzung mit dem Ziel der Aufgabe (Anlage 1 Ziff. 6).*

3. Haushaltskonsolidierungsprogramm 2011/12 und mittelfristige Finanzplanung Konsolidierungsmaßnahmen Verwaltung (Anlage 2)
Der Gemeinderat nimmt die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kenntnis. Die Verwaltung wird deren Umsetzung mit der Erstellung des Doppelhaushalts 2011/12 veranlassen.
4. 10-Punkte-Programm (Anlage 3)
- 4.1 Handlungsfeld 1: Die Ergebnisse aus den Organisationsuntersuchungen des Liegenschaftsamtes/Abteilung Forst sowie des Bauordnungsamtes werden umgesetzt, sobald die Voraussetzungen erfüllt sind. In diesem Zusammenhang beschließt der Gemeinderat die notwendigen Einzelmaßnahmen
 - a) *die Aufgabe der Wildgehege (Einsparung 25.500 Euro/Jahr)*
 - b) *die Aufgabe der Christbaumkultur (Einsparung 24.000 Euro/Jahr)*
 - c) *die Aufgabe/Verlagerung von Grillplätzen (Einsparung 17.000 Euro/Jahr) sowie*
 - d) *der Verzicht auf Ausbildung über den eigenen Bedarf hinaus (Einsparung 113.000 Euro/Jahr).*
- 4.2 Der Sachstand zu den Handlungsfeldern 2 bis 10 wird zur Kenntnis genommen.

Hauptamt - Sitzungsdienste -

23. Juli 2010